

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 5 Heller Porto)

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FUCHOVA 62. TELEFON 53077. ADMINISTRATION TELEFON 53076.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. CHEFREDAKTEUR: WILHELM NIESSNER. VERANTWORTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.

15. Jahrgang

Freitag, 15. Feber 1935

Nr. 39

30-Stunden-Gesetz in USA eingereicht

Das Gesetz über die 30-Stunden-Woche, das die Zustimmung des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes hat, liegt nunmehr der Kammer und dem Senat vor. Das Gesetz ist so gehalten, daß innerhalb der Vereinigten Staaten keine Waren für den innerstaatlichen oder Außenhandel transportiert werden dürfen, die in Betrieben hergestellt worden sind, in denen mehr als fünf Tage und sechs Stunden per Tag gearbeitet wird. In Regierungsunternehmen dürfen keine solchen Waren verwendet werden und die Behörden dürfen keine Arbeit vergeben, wenn diese Bestimmungen nicht eingehalten sind.

Herrn Hilgenreiner ins Stammbuch:

„Nieder mit den Katholiken!“ Nazi-Demonstrationen in München

Berlin. In München demonstrierten am Donnerstag etwa 400 nationalsozialistische Anhänger gegen vier katholische Lehrerinnen, welche an den letzten Vorgängen im Kirchensumpf im hohen Maße beteiligt waren. Die Demonstrationen sammelten sich vor dem Lokale, in welchem die Lehrerinnen Vorträge zu halten pflegten, und schrien 20 Minuten lang „Nieder mit den Schwarzen“. Die Teilnehmer der Kundgebungen trugen vielfach nationalsozialistische Uniform. Während die vier ahnungslosen Lehrerinnen in einem Polizeiauto in Sicherheit gebracht wurden, riefen die Demonstranten: „Nieder mit den Katholiken! Nach Dachau mit ihnen!“

Auf katholischer Seite rüht man sich zu einer energischen Verteidigung, zumal durch die Agitation der Nationalsozialisten in den Schullehrerinnenschulen die Zahl der in die konfessionellen Schulen eingeschriebenen Schüler gegenüber denjenigen Schülern, die sich an die Simultanschulen einschreiben lassen, bedenklich abnimmt. Auch die letzte Kampf-Rede des Kardinals Faulhaber vom Sonntag ist in tausenden von Exemplaren in Bayern verbreitet worden, obwohl die Rede zuerst von der Polizei konfisziert worden war. Auch eine Gramophonplatte ist von der Rede des Kardinals angefertigt worden.

Schwedische Hakenkreuzler- Zentrale ausgehoben

Stockholm. Die Polizei führte eine Razzia in der Zentrale der nationalsozialistischen Parteiorganisation in Göteborg durch und beschlagnahmte sechs führende Funktionäre. Viele Schriftstücken wurden beschlagnahmt.

Scharfe Maßnahmen der mexikanischen Regierung

Mexiko City. Die Regierung erließ ein Dekret, durch das das bisherige Polizeigesetz in dem Sinne revidiert wird, daß Druckschriften, die kein „absolutes soziales Interesse“ haben, das Recht der Postbeförderung entzogen wird. Man ist der Ansicht, daß dieser neue Schritt vor allem gegen die regierungsfeindlichen Blätter gerichtet ist.

Italiens Rüstungsbudget

Rom. In Genua wird am 21. Feber der neue italienische Kreuzer „Eugenio di Savoia“ vom Stapel gelassen werden.
Das Rüstungsbudget Italiens beläuft sich nunmehr auf 849.605.000 Lire und übersteigt somit den präliminären Betrag um 129.605.000 Lire. Das Budget der Kriegsmarine beträgt 1.304.881.000 L. um 80.109.523 Lire mehr, als ursprünglich angelegt war.

Die deutsche Antwort überreicht

Mündlich an die Botschafter in Berlin

Berlin. Der Reichsaußenminister von Neurath hat Donnerstag nachmittags den englischen Botschafter Sir Eric Phipps und unmittelbar darauf den französischen Botschafter Francois Poncec empfangen und ihnen die deutsche Stellungnahme zu den Londoner Vorschlägen mündlich mitgeteilt.

Wie das D.N.F. ergänzend erzählt, ist eine Note nicht überreicht worden. Eine Veröffentlichung des Inhalts der deutschen Mitteilung ist für Samstag früh vorgesehen.

Wie der Vertreter des Tschechoslowakischen Pressebureaus erzählt, ist die Antwort Deutschlands nicht sehr ausführlich. Sie ist nur zwei Schreibmaschinenseiten lang und in freundlichem Tone gehalten. Was ihren Inhalt betrifft, heißt es, daß Deutschland verhandlungsbereit ist hinsichtlich der Fragen, die im Londoner Kommuniqué angeregt wurden.

Die Reichsaussenminister der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 15. Feber bemerkt zu der deutschen Antwort: Die Stellungnahme der Reichsregierung ist den beiden Botschaftern mündlich mitgeteilt worden. Man darf aber annehmen, daß die im diplomatischen Leben übliche Form eingehalten werden wird, nämlich bei längeren Mitteilungen den Inhalt in einer kurzen Notiz zusammenzufassen.

Wenn man bedenkt, welchen Misstrauenskomplex von Fragen durch dieses Kommuniqué angeregt war, so dürfte schon die Schnelligkeit der deutschen Antwort der Welt als Beweis für den guten Willen Deutschlands zur Mitarbeit genügen können. Es

stellte sich heraus, daß der Weg direkter diplomatischer Verhandlungen wie gewöhnlich der beste sei. Eine Konferenz aller Beteiligten hätte sich entweder schon tolgelaufen oder sie wäre in sterblichen Diskussionen geraten. Man könne sich leicht vorstellen, daß Deutschland den Zeitpunkt für eine große Konferenz noch nicht für gekommen halte.

Deutschland habe keine Bedenken gegen den O.P.A.T. schon oft zum Ausdruck gebracht. Es habe sich inzwischen auch nichts daran geändert, daß Sowjetrußland die unbekannte Größe in allen Überlegungen geblieben sei. Die Verhängung der russischen Rüstungen habe den Faktor der Unsicherheit noch erhöht.

Demgegenüber liegen, was das Luft-Locarno betrifft, klare Verhältnisse vor. Wenn Deutschland dazu beitragen könne, durch das Versprechen des Einfaches seiner Luftstreitkräfte das westliche Europa vor der Gefahr jedes Luftkrieges zu bewahren, so werde es das selbstverständlich gerne tun.

Ostpakt bleibt Hauptpfeiler jeder Friedenssicherung

Paris. In Erwiderung der für Donnerstag erwarteten deutschen Antwortnote auf das Londoner Kommuniqué verweist die Pariser Presse, daß der Ostpakt, was Frankreich betrifft, mit der gegenwärtigen Verwirklichung der Sicherheit und Gleichheitsrechte unlösbar verbunden sei.

In diesem Zusammenhang mißt die Presse der Unterredung, die der französische Außenminister Laval am Mittwoch mit dem sowjetrussischen Botschafter Potemkin hatte, große Bedeutung bei. Nach dem „Intransigent“ habe der sowjetrussische Botschafter vollständigsten Versicherungen erhalten. Frankreichs Stellung hinsichtlich des Ostpaktes bleibe unverändert und fest. Der Ostpakt sei einer der Hauptpfeiler des geplanten diplomatischen Mechanismus, dem man nach dem Eingang einer deutschen Antwort in Bewegung setzen werde.

Der „Excelsior“ sagt, Laval habe dem sowjetrussischen Botschafter erneut die Versicherung gegeben, daß die französische Regierung gemäß dem französisch-sowjetrussischen Protokoll von Genf keine Sonderverhandlungen mit Deutschland aufnehmen werde, solange nicht der Ostpakt abgeschlossen sei.

Na also!

Gömbös' „Bodenreform“ nicht gegen die Besitzenden gerichtet!

Budapest. (M.Z.) Ministerpräsident Gömbös hielt Donnerstag abends seine mit Spannung erwartete Kundfunkrede. Was die innenpolitische Situation anlangt, so habe sich, führte Gömbös aus, in der jüngsten Zeit eine gewisse Nervosität gezeigt, die durch die Kennerungen des Abgeordneten Eckhardt entschieden gesteigert wurde. Es müsse aber konstatiert werden, daß hinsichtlich der Notwendigkeit der von der Regierung angeführten Reformpolitik keine prinzipiellen Differenzen bestehen.

Die Reformen sind weder gegen das Kapital oder gegen den Grundbesitz, noch auch gegen die vermögende Klasse gerichtet und es werde weder die Heiligkeit des Privateigentums noch das ehrlich erworbene Vermögen angetastet werden.

Die Regierung wolle keiner radikalen Besitzreform, vielmehr eine mit den Interessen breiter Schichten des Anstaltens rechnende, sich fortentwickelnde nationale Grundbesitzreform, die jedem Radikalismus abhold ist.

Es müsse im ganzen Lande ein gerechtes Verhältnis zwischen Groß-, Mittel- und Kleingrundbesitz zur Geltung kommen. Aus diesem Grunde stehe die Siedlungspolitik an der Spitze des bodenpolitischen Programms der Regierung. Einmal müsse mit der Arbeit begonnen werden. Auch die beachtliche Reform der Fideikomisse bezwecke die Schaffung einer gesunden Bodenbesitzverteilung. Aus hier sollen

die wohlertwogenen Interessen der historischen Familien mit den allgemeinen volkswirtschaftlichen Interessen in Einklang gebracht werden.

Durch eine Bestimmung soll das System der Fideikomisse auch auf kleinere Besitzkategorien erstreckt werden, wodurch abermals nur die volkserhaltende konservative Politik gefördert würde. Die Reform der Fideikomisse sei übrigens bereits in der Rede des Reichsverwesers, mit der er während der Pesthener Regierung den gegenwärtigen Reichstag eröffnete, angedeutet worden. Durch die Reform soll die Nation für ein weiteres Jahrtausend konserviert und durch schrittweise Evolution soll revolutionäre Lösungen ein für allemal der Weg gespart werden.

Vor schärferen Kämpfen in Schweden

Die äußere, für Skandinavien ja selbstverständliche, Ruhe darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß in allen skandinavischen Ländern die politische Situation in ein entscheidendes, wenn auch durchaus nicht krisenhaftes Stadium getreten ist.

In Schweden hat die politische Hochsaison wie alljährlich mit der Vorlage des Budgets begonnen. Die anhaltende gute wirtschaftliche Lage, der Aufstieg der schwedischen Wirtschaft, hat der Arbeiterregierung Per Albin Hansson die Erstellung eines Budgets ermöglicht, das ohne Steuererhöhungen und unter Fortfall außerordentlicher Maßnahmen die Aufrechterhaltung und Fortführung ihres Wohlfahrts- und Investitionsprogramms vorsieht. Das Budget selbst bot also der bürgerlichen Opposition wenig Angriffspunkte, so daß sich die Budgetdebatte ohne die bei dieser Gelegenheit übliche politische Sensation abwickelte.

Die Arbeiterregierung und vor allem ihr Finanzminister Wigforss haben jedoch aus der außerordentlich günstigen konjunkturellen Situation — gegenüber der Konjunkturperiode 1925 bis 1930 mit der Indexziffer 100 hat sich der gegenwärtige Produktionsindex auf 112 gehoben — keineswegs den Schluß gezogen, der der Arbeiterregierung von bürgerlicher Seite insinuiert wurde: einen Abbau der Hilfsmassnahmen und Krisenvorkehrungen durchzuführen. Im Gegenteil, die schwedische Arbeiterregierung erklärt, daß gerade die Produktionsausweitung die strengste Kontrolle des Staates und der Gesellschaft verlange, soll sich nicht die Konjunktur wieder in ihr Gegenteil verwandeln. Es gehört zu der besonderen politischen Physiognomie Schwedens, daß die anderweitig übliche Rollenverteilung zwischen Regierung und Opposition, soweit sie die Beurteilung der Wirtschaftslage betrifft, vertauscht ist: die Regierung stellt sich pessimistisch, die bürgerliche Opposition optimistisch zu dem weiteren Konjunkturverlauf ein. Die Opposition sieht nämlich in der wirtschaftlichen Beförderung nach liberaler Auffassung einen natürlichen Gesundungsprozess und will der Regierungspolitik keinerlei Anteil an dem Aufstieg der schwedischen Wirtschaft zumessen, während die Regierung ohne zu leugnen, daß eine Reihe außerhalb der Regierungsmassnahmen liegender Umstände — der erhöhte Erzeugnisbedarf der internationalen Rüstungsindustrie, der scharfe Anstieg des schwedischen Exportes — selbstverständlich die Konjunktur beeinflusst hat, sich mit vollem Recht den Hauptanteil an der konjunkturellen Gestaltung der schwedischen Wirtschaft zuschreibt. Was ja schließlich schon durch den Umstand bewiesen wird, auf den der Sozialminister der Arbeiterregierung Waller hinweist, daß nämlich innerhalb eines halben Jahres die Zahl der durch Staatsmaßnahmen beschäftigten Arbeiter von 13.000 auf 60.000 erhöht wurde. Gerade aus dem großen Anteil der Staatsmaßnahmen am Wiederaufstieg Schwedens leitet nun die Arbeiterregierung folgerichtig ihre Auffassung ab, daß bei einem Ausbleiben dieser Maßnahmen und bei nicht genügender Ausweitung des planwirtschaftlichen Sektors in der schwedischen Wirtschaft sich die Lage wesentlich, ja katastrophal verschlechtern würde.

Die schärfste Kritik hat Wigforss nicht nur auf der Rechten, sondern auch innerhalb der Volkspartei deshalb gefunden, weil die Arbeiterregierung zu neuen Monopolen, unter anderem einem Kaffeemonopol greifen will. Das soll „Sozialisierung über die Hintertreppe“ sein. Der prinzipiellen bürgerlichen Opposition gegenüber den Monopolplänen, deren Ertrag nicht etwa dem Fiskus zu Gute kommen soll, sondern, wie es in Schweden genannt wird, der „Volkspension“ stellte Wigforss die Worte eines konsequenten Sozialisten gegenüber: „Der Weg geht nicht mehr zurück zu dem alten freien Wirtschaftsleben“ sondern vorwärts zu erhöhter Organisation. Wenn die Allgemeinheit nicht eingreift, erwartet uns nicht Freiheit, sondern Monopole, aber wohlgeordnet, Privatmonopole. Die Wahl steht nun zwischen Privatmonopolen und solchen, welche die Allgemeinheit kontrolliert.“

Ging die erste Budgetdebatte unter dem Zeichen der harten Stellung der Regierung vor sich, so hat sich doch bald darauf die Lage wesentlich verschärft. Der Kampf zwischen der Regierung und

Vor einem neuen Justizmord

Hamburg. (T.H. P. S.) Vor dem hansen- lichen Oberlandesgericht begann am Mittwoch ein Prozeß gegen den Kommunisten Fritz Karl Schulze, der etwa vier Wochen dauern wird.

Die Anklage hat besonders 15 Fälle be- rücksichtigt, die in den Tagen der Nachtüber- nahme Hilters in Hamburg geschehen sind.

der bürgerlichen Opposition, deren Frontausdeh- nung freilich im Augenblick noch nicht erschöpfend ist, geht um den Komplex des sogenannten Gesetzes „zum Schutz des dritten Mannes“.

Es ist kein Zweifel, daß die Frage des „Ge- setzes über die wirtschaftlichen Stritte“ das poli- tische Leben in Schweden in der nächsten Zeit ent- scheidend beeinflussen wird.

Was tut den Kleinbauern not?

Futtermittelpreise, Futtermittelnot und Viehmonopol

Es zeigt sich immer mehr, daß die Lage am Futtermittelmarkt unhaltbar wird. Die Klagen über die Futtermittelnot und übermäßig hohen Futtermittelpreise mehren sich besonders in den Viehzuchtgebieten.

einen Ausfall von 40 bis 90 Prozent sowohl bei Rohfutter wie auch bei Futtermitteln

auf. Die Unterstützung, die der Staat geben konnte, war viel zu gering, um auch nur halbwegs die Viehzüchter über Wasser halten zu können.

Dazu kam außerdem die unerklässliche Vor- gangsweise der Getreidemonopolgesellschaft. Sie

Preise für Futtermittel fest, die heute un- erschwänglich sind.

Table with 2 columns: Item (Gerste, Hafer, etc.) and Price (Kf 150, Kf 142, etc.)

franko Empfangstation. Diese Preise stehen weder mit den Viehpreisen noch mit den sonstigen Preis- verhältnissen auch nur einigermaßen im Einklang.

Als im Juni des vergangenen Jahres die furchtbaren Entschäden sichtbar wurden, da haben die parlamentarischen Vertreter der deut- schen Sozialdemokraten in einer Interpellation als erste und wichtigste Maßnahme die Verringerung ge- nügender und billiger Futtermittel verlangt.

Die Agrarier haben im Gegenteil bei der Ge- treideverkehrsreform die hohen Futter- getreidepreise durchgesetzt, die es dem kleinen Viehzüchter unmöglich machen, den notwendigen Bedarf zu Produzentenpreisen im Orte ein- zukaufen.

Auch in dieser Hinsicht haben die Vertreter des deutschen Kleinbauernverbandes beim Landwirt- schaftsminister S o d j a angeragt, daß hier eine

Kenderung der Monopolbestimmung eintreten soll, die darin bestehen könnte, daß nach amtlicher Fest- stellung des Bedarfes der Einkauf bei den örtlichen Produzenten ermöglicht wird.

Aber auch hinsichtlich einer zoll- und abga- benfreien Einfuhr von ausländischen Futtermit- teln ist nichts unternommen worden. Die Re- gierungspläne der Agrarier gipfeln wieder einmal in der Forderung nach einer Erhöhung der Vieh- preise, die nun das geplante Viehmonopol drin- gen soll.

eine Erhöhung der Fleischpreise im Detail mit einer Einschränkung des Konsums beantwortet werden würde.

Diese Auffassung findet ihre Bestätigung in der Entwicklung der Verbrauchszahlen im Fleischkon- sum. Vom Jahre 1929 bis Ende 1933 sank der Fleischkonsum von 28,5 Kilogramm auf 25 Kilo- gramm, also um 8,5 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung.

Nun ist aber selbst mit einer Erhöhung der Viehpreise das Problem für breite Schichten der Viehzüchter gar nicht gelöst. Tausende Kleinland- wirte wollen ihre Rühre gar nicht verkaufen, weil sie ihnen als Milch- und Gespanntiere unerlässlich

sind. Mit dem Gelde, das sie dafür lösen würden, können sie sich weder ernähren noch ihre Arbeiten verrichten. Dazu brauchen sie ihr Vieh und des- halb wollen sie es behalten und deshalb nicht ihnen der schönste Viehpreis nichts, wenn sie kein Vieh oder nur ganz wenig zu verkaufen haben.

Die lebenswichtigste Forderung der kleinen Viehzüchter bleibt daher die Herabsetzung der Futtermittelpreise und Herbeiführung von bil- ligen ausländischen Futtermitteln, wobei es un- erlässlich ist, für die Notstandsgebiete eine noch- malige Unterstützungsaktion durchzuführen

Es ist nach allen bisherigen Erfahrungen leider mit allgrößter Sicherheit anzunehmen, daß die Agrarpartien, die in der Regierung die stärkste Machtposition innehaben, für eine solche Lösung nicht das geringste Interesse übrig haben.

A. S c h m i d t.

Die Truppentransporte beginnen!

Vorläufig nur kleinere Verbände

R o m. Der Abtransport der beiden mobilisierten italienischen Divisionen ist mit der Verschiffung kleiner Verbände von südita- lienischen Häfen aus eingeleitet worden.

Von italienischer Seite wird erklärt, es handle sich bis jetzt um keine Massentransporte, für die ein Zeitpunkt noch nicht festgesetzt sei.

schen Grenzposten so zu verstärken, daß sie jedem abessinischen Angriff in den Grenzgebieten gewachsen wären.

Der Negus friedliebend

Kairo. (Reuter.) Wie ein abessinischer Diplomat in Kairo dem Berichterstatter des Reu- terbüros verriet, ist der Kaiser von Abessinien aus allen Kräften und mit allen Mitteln bestrebt, eine friedliche Lösung des Konfliktes mit Italien zu finden.

Die Brücke nach Upsilon

Roman von Fritz Rosenfeld

Die Leute blieben stehen, was war das für eine seltsame Gesellschaft, die Mädchen in glei- chen Mänteln, grellblonde, tiefschwarze, mit schiefgezogenen Augenbrauen, schlanken Häßeln — Tänzerinnen wohl, die aus dem Ausland kamen.

Noch einmal fragte sie, das Taschentuch in der Hand, mit dem sie sich Kühlung fächelte: „Sind alle da? Ist alles in Ordnung?“

Stagnationsflache in ihrem Läschen. Sie tat einen tiefen, langen Zug, schloß die Augen und lehnte sich zurück.

III.

Felder, Wiesen, Häuser, vor denen Men- schen, grau und gebüdt, mit dem Spaten die ver- witterte, herbstaubgepresste Erde aufreihen.

Carlotta sah es, aber ihre Augen nahmen es nicht auf, es glitt vorüber, aber es blieb ohne Echo in ihrem Herzen.

hörte sie ihn, wurde sie ein Teil seines Körpers, und wenn sie in ihrem Zimmer waren, nachher, der Weifall war verübt, der Jan in der Garde- robe vorüber, seine Hände hielten sie fest, zwei Klammern, denen sie sich nicht entwinden konnte

Manchmal ahnte er es, doch er rief den Ge- danken zurück, er wollte ihn nicht denken: Sie will mir entfliehen, sie will sich frei machen, von allem, von der Musik, die uns verschmitzt, von den Näch- ten, die über uns zusammenschlagen.

Aus dem Nebencoupe klang Musik. Es war immer dieselbe Platte: die Girls spielten den neuen Schlager, er sah noch nicht, er mußte ihnen ins Blut übergehen.

Herr von Ebel, der in der offenen Coupétür stand, gab mit der glänzenden Lackspitze seines Schuhs den Takt. Er kam aus Paris, er kannte den Schlager. Er unterhielt sich mit den Girls, die banalen ersten Fragen: Woher? Wohin? waren längst vorüber, er erzählte Bijsse, bot Wondons an, Zigaretten.

(Fortsetzung folgt.)

Sudetendeutscher Zeitspiegel

Ständestaatsgedanke und Demokratie

Eine interessante Diskussion in Karlsbad

In der alten Schweizer Demokratie sind konstitutionelle Versammlungen sehr beliebt. Vertreter gegensätzlicher Ansichten treten gemeinsam vor die Öffentlichkeit hin und führen dort in durchaus ritterlicher Form Argumente und Gegenargumente ins Treffen. In solcher Handhabung wird die Demokratie zu einem wichtigen Instrument der staatsbürgerlichen Erziehung.

Als ein gelungener Versuch, die Kontraktion auch in unserer öffentlichen Diskussion einzuführen, mag ein Vortragsabend des Bezirksbildungsausschusses Karlsbad über „den Ständestaatsgedanken“ angesehen werden, wo einander am Dienstag abends Genosse Abgeordneter Jaksch und der Landjugendführer Dr. H. H. gegenübertraten. Die Veranstaltung war sehr gut besucht, obwohl die Karlsbader SZF-Führung für ihre Anhänger ein Verbot erlassen hatte.

Der erste Redner des Abends, Herr Dr. H. H. ging vom sogenannten Universalismus der Spannischen Ständetheorie aus.

Der Liberalismus habe das Individuum in den Mittelpunkt gestellt. Der Universalismus sehe im einzelnen nur ein Glied des Ganzen, der Gemeinschaft, der Nation. In ihrem Rahmen will er eine Begrenzung der Sachbereiche durchzuführen, eine Gliederung nach Berufsständen. Jeder Stand und seine Untergruppen hätten eine bestimmte Funktion im Körper der Gemeinschaft auszuüben; die Verschiedenheit dieser Funktionen (z. B. Arbeiter und Unternehmer) müsse sinnvoll eingegliedert werden in das Leben der Gemeinschaft (was in der Praxis eine Verwirklichung der sozialen Unterdrückung bedeuten würde, und die Verwirklichung des katholischen Prinzips: „Wer Anecht ist, soll Anecht bleiben.“ Die Red.). Am italienischen und deutschen Faschismus, aber auch in manchen Werken unserer Demokratie (Getreidemonopol) sieht Dr. H. H. Elemente einer ständischen Neuordnung verkörpert. Die umfassende Konzentration des Ständepinzips will Dr. H. H. der weiteren Entwicklung überlassen. Ständisches Wollen ist nach seiner Auffassung mit der Demokratie nicht vereinbar. Der Landhand sei bereits nach ständischen Grundrissen aufgebaut und solle von seinem Bereich aus an einer allgemeinen ständischen Neuordnung mitwirken.

Genosse Jaksch legte in dem historischen Teil seines Korreferates Nachdruck auf die Verwirklichung,

daß die Bauernschaft in keiner ständisch gegliederten Gesellschaft eine eigendementliche Rolle spielt habe.

Sie sei nur Objekt der Herrschaft bevorrechteter Stände gewesen und verlor ihre Rechte und ihre heutige Geltung der Demokratie. In der spätmittelalterlichen Ständeverfassung gab es keineswegs ein friedliches Nebeneinanderleben, sondern heftige Kämpfe innerhalb der Stände und zwischen den Ständen, die das Aufkommen eines landesfürstlichen Absolutismus begünstigten. Die Bauern als entrechtete Volksmehrheit waren damals ein revolutionäres Element. Mit dem Entstehen des Kapitalismus wurde das ständische Weltbild gesprengt. Es hatte für die neuen dynamischen Kräfte, den anonymen unvorhersehbaren Faktor des Kapitals und das außerhalb der alten Stände wachsende Industrie- und Dienstleistungsproletariat keinen Raum. Marx und Engels erkannten als Voraussetzungen der bürgerlichen Gesellschaft den Kampf um den Arbeitsvertrag zwischen Profitnehmern, Lohnempfängern und Grundbesitzern. Geleitet von diesen Erkenntnissen schuf sich die Arbeiterklasse selbst die Instrumente ihres Kampfes. Sie ist eine revolutionäre Klasse wie das Bauerntum in der feudalen Gesellschaft, sie will nicht Anhängel der Maschine bleiben, sondern durch eine Umwälzung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse auch im industriellen Sektor der Wirtschaft die Einheit zwischen Arbeit und Produktionsmitteln herstellen. In diesem Sinne ist sie universalistisch, denn die beste unvollendete Nation kann nur als Weltgemeinschaft auf planwirtschaftlich-sozialer Grundlage konstituiert werden. Die neuen ständischen Strömungen kommen, so führte Genosse Jaksch weiter aus, teils von den Auflösungserscheinungen der bürgerlichen Gesellschaft, teils daher, weil vor allem die kontinentale Entwicklung in dem ständischen Weltbild des Sozialismus einige Lücken entstehen ließ. Die historisch gewachsene Bauernschaft, die freien Berufe und die Reste des Handels fühlen sich weder der Kapitalistenklasse noch dem Proletariat zugehörig und sie suchen Ausbruch und Eingebung ihres Daseins in der Erneuerung ständischer Gesellschaftsformen. Damit irren sie aber gegen die Dynamik unserer Zeit. Alle gewerblichen oder intellektuellen „Stände“ wollen sich abschließen und wehren sich gegen neuen Bezug. Deshalb ist weder die Hauptmasse unserer Arbeitslosen noch die existenzlose Jugend in irgendein ständisches Diktum einzuflechten. Erzielt würde lediglich die Vargellierung der Arbeiterklasse in einflusslose Berufsgruppen und die Ausschaltung jeder politisch-demokratischen Gegenwirkung gegen den wirtschaftlichen Absolutismus unserer Zeit. Unlösbar ist in einer Ständeverfassung das Problem

der Spielerei, es sei denn, daß ein Kirchenstaat mit theokratischer Führung geplant wäre.

Wird der Boden der Demokratie verlassen, dann regiert nicht die Sachlichkeit, sondern die Brutalität von Usurpatoren.

Die faschistischen Korporationen sind Polizeieinrichtungen zur Beherrschung der Masse. Die menschliche Entwicklung kann aber auf den Hebel der freien Bestimmung nicht verzichten. Auch aus nationalen Gründen müssen die Sudetendeutschen das Ständepinzip ablehnen. Im ständischen Böhmen zwischen der Hussitenzeit und dem Dreißigjährigen Kriege spielten die Deutschen keine selbständige politische Rolle und erlitten die schwersten nationalen Rückschläge. Wir wollen uns aber mit der ständischen Gedankenwelt politisch auseinandersetzen. Es handelt sich um die höhere Umgebung der Demokratie. Das demokratische Regime leidet daran, daß

der übernommene Staatsapparat mehr auf juristische und Polizeiverwaltung eingestellt ist. Will die Demokratie ihre sozialen und wirtschaftsreformatorischen Aufgaben lösen, dann muß sie hierfür eigene Organe entwickeln. Demokratische Arbeiter-, Bauern-, Handels- und Gewerbetreibenden böten große Möglichkeiten für die wirtschaftliche Selbstverwaltung der wichtigsten Berufsgruppen auf dem Boden der Demokratie. Auch regionalistische Organisationen, wie sie sich in den tschechischen Gebieten entwickeln, sind ein wichtiger Boden demokratisch-sozialer Zusammenarbeit. Die Sudetendeutschen sollten nicht dogmatischen Streit um staatsrechtliche Konstruktionen führen, sondern über die heutige Verfassung hinweg die geistige Ausrichtung zu den großen Zeitaufgaben hin suchen. Voraussetzung jeder demokratischen Zusammenarbeit ist die Respektierung der selbständigen Arbeiterbewegung.

Nach diesen Ausführungen ging Herr Dr. H. H. noch auf einige sachliche Anfragen ein, worauf dieser lehrreiche Vortragsabend vom Vorsitzenden, Professor Kleinberg, geschlossen wurde.

Henleins wahres Gesicht

wird auch im tschechischen Lager erkannt

Prag, Das „Právo Lidu“ wie auch das nationalsozialistische „A Zet“ veröffentlichten in ihrer Freitagausgabe auf der ersten Seite große Zweifel, die sich in a u f e r g e w ö h n l i c h e r n e u e m Ton mit den unerkennlich gewordenen Methoden der Henleinbewegung befaßten und schleunigste Abhilfe forderten.

Unter dem Titel „Die Sphinx muß sprechen“

berichtet das „Právo Lidu“, daß kein Tag vergehe, an dem die Redaktion von Tschechen aus dem Grenzgebiet nicht dringende Beschwerden über ständig gefährlicher werdende Verhältnisse im Grenzgebiet erhalte, die auf die Henleinbewegung zurückzuführen seien. Viele dieser Zuschriften könne man nicht veröffentlichen, da die Henleinleute sofort mit Presseklagen drohen. Um so notwendiger sei es, diesem unverständigen Zustand ein Ende zu machen: Die verantwortungsbewußte Presse werde sich nicht kostspieligen Presseklagen deshalb aufheben, weil sie über notorisch bekannte und dem Staatsinteresse eminent gefährliche Dinge berichte.

Das Blatt begrüßt es, daß wenigstens Minister Dr. Spina sich von diesen Verhandlungen mit den Henleinleuten nunmehr fernhalte, und stellt fest:

„daß inzwischen auch die Behörden — endlich — beginnen, sich mit dem modifizierten Halenkrenzium zu beschäftigen. Ein weiteres Ärgernis, fällt das Blatt, ist nicht mehr möglich. Was die tschechoslowakische Sozialdemokratie betrifft, so hat sich diese mit der Frage der Henleinbewegung schon befaßt und sie wird ihren entscheidenden Standpunkt mit Rücksicht auf die Interessen der Republik mit dem gehörigen Nachdruck zur Geltung bringen!“

Der deutsche Sender eine Staatsnotwendigkeit

Die tschechischen Zeitblätter beschäftigen sich fast täglich mit der wachsenden Propaganda des reichsdeutschen Radios gegen die Tschechoslowakei. Sie ziehen daraus den einzig richtigen Schluss, daß man dagegen nur durch einen gut ausgestatteten deutschen Rundfunk in der Tschechoslowakei ankämpfen kann.

So schreibt „Právo Lidu“: „Wenn eine 65prozentige Mehrheit unserer Bevölkerung jedes Sender hat, sollte die fast 22prozentige deutsche Minderheit nicht wenigstens einen haben? Jeder Demokrat muß dringend raten: Erwidert sofort einen deutschen Sender! Gegenargumente, ob es nun politische, finanzielle oder andere sind, müssen vor der Staatsnotwendigkeit zurücktreten. Wenn die deutsche Minderheit räumlich zu weit verbreitet ist, errichtet einen starken Sender an einem Ort, von wo er überall gehört werden kann. Und schließlich, so weit die Errichtung des deutschen Rundfunks ein nationales Problem ist, sollte davon das Postministerium am meisten wissen. Sicher wurde schon längst eine Statistik der Hörer angelegt. Daß bisher nichts davon veröffentlicht wurde, läßt den Gedanken zu, daß es verhältnismäßig mehr deutsche Hörer ohne jede eigene Station gibt, als tschechoslowakische mit jeder Station.“

„Ceslá Slovo“ schreibt: „Wir erlauben den Deutschen täglich, unter unjeren Staatsangehörigen zu agitieren. Wir zahlen ihnen nichts beim, obwohl es leicht wäre, wahrheitsgemäße Nachrichten über die heutige politische und wirtschaftliche Situation in Deutschland zu senden — selbstverständlich deutsch. Wenn wir anfangen,

gleichfalls auf die Halenkrenzagitiation aufmerksam, die um so eifriger auf die Gewinnung der deutschen Minderheiten in den Nachbarstaaten ausgeht, je mehr Niederlagen Deutschland in der internationalen Politik einheimt.“

Im nordböhmisches Grenzgebiet arbeiten die getarnten und offenen Agenten des Dritten Reiches so gewandt, daß die Behörden zu ihrer umfänglichen Propaganda schweigen und sie ganz ruhig dulden. Die große Mehrheit der Presse der Grenzdeutschen von Eger bis Trautmanau steht völlig im Dienst des Halenkreuzes, aber die zuständigen Faktoren sehen das vielleicht gar nicht. Von der Ideologie des Halenkreuzes ist auch Henleins Heimatfront besetzt; ihr Geist ist derselbe wie bei der aufgelösten Halenkrenzpartei.

Das „A Zet“ macht unter dem zweispaltigen Titel „In jeder Gasse und in jedem Haus ein hakenkreuzlerischer Spion Die braune Pest in Nordböhmen“

Das Blatt macht insbesondere darauf aufmerksam, daß die SZF jetzt nach Hillebrunn in jeder Straße und in jedem Haus einen „Vertrauensmann“ einsetzen wolle. In Deutschland hatten diese Vertrauensleute neben der Agitation vor allem die Aufgabe, die Bevölkerung zu überwachen und in Evidenz zu führen.

Warum kopiere Henlein dieses System? Weil die ungeheure Mehrheit seiner Mitglieder eben alte Halenkreuzler seien. „Das bedeutet also“, schreibt das Blatt wörtlich, „daß alle unsere deutschen Mitbürger unter der stillen Zustimmung unserer Behörden den Spionen des Halenkreuzes ausgeliefert werden sollen. Das sind Dinge, die man nicht dulden kann und gegen die man das ganze Volk aufrufen muß!“

regelmäßig deutsche Informationen über Deutschland zu senden, würden wir sehen, wie bald die Deutschen selbst aufhören würden, für gewisse Sachen scheint bei uns kein Verständnis vorhanden zu sein, obwohl es um Dinge von primitivstem staatlichen Interesse geht.“ — Wozu nur zu bemerken wäre, daß sich diese Feststellungen des nationalsozialistischen Blattes der Herr Volksminister Dr. Franke, der ja selbst tschechischer Nationalsozialist ist, eigentlich am meisten getroffen fühlen sollte!

regelmäßig deutsche Informationen über Deutschland zu senden, würden wir sehen, wie bald die Deutschen selbst aufhören würden, für gewisse Sachen scheint bei uns kein Verständnis vorhanden zu sein, obwohl es um Dinge von primitivstem staatlichen Interesse geht.“ — Wozu nur zu bemerken wäre, daß sich diese Feststellungen des nationalsozialistischen Blattes der Herr Volksminister Dr. Franke, der ja selbst tschechischer Nationalsozialist ist, eigentlich am meisten getroffen fühlen sollte!

Machtvolle antifaschistische Kundgebung in Freudenthal

Wie lebendig der Gedanke der Abwehr des Henleinfaschismus auch in den tschechischen Gebieten ist, bewies eine für Montag, den 11. Februar in Freudenthal einberufene öffentliche Versammlung, an der mehr als 700 Arbeiter und Arbeiterinnen teilnahmen. Nach einer kurzen Gedenkrede des Genossen Fischek für die Opfer und den Heldenkampf der österreichischen Arbeiter, behandelte Genosse Jizka das Thema: Sudetendeutsche Lebensfragen. Mit seinen Ausführungen, die eine große Auseinandersetzung mit der Halenkrenzlerischen Propaganda brachten, fand er reißende und stellenweise laut fundgetane Zustimmung bei allen Teilnehmern der Versammlung. Besondere Aufmerksamkeit erregte die Darlegung über den Henlein'schen Kampf gegen die Wirtschaftskrise; und der Appell am Schluß seiner Rede, alle Kräfte zusammenzufassen, um den Faschismus in der Republik zu schlagen, fand begeisterten Beifall. Die imposante und gewiß auch fruchtbar Kundgebung wurde mit der „Internationale“ abgeschlossen.

Der Selbstmord des roten Fahnenträgers erlogen!

Er wurde von der Polizei erschossen

Prag, Das „Právo Lidu“ erklärt in einem Eigenbericht aus Wien die offizielle Darstellung, wonach bei den dienstlichen Demonstrationen auf dem Reptomat Berger-Platz der getötete Fahnenträger zuerst auf die Polizei geschossen und dann Selbstmord verübt habe, als eine j a n d l i c h e Erfindung der Polizeidirektion.

Wahr ist, daß der 23jährige Arbeitslose Josef Físel zur Zielscheibe für die Schüsse der Polizei offenbar deshalb wurde, weil er die rote Fahne trug. An der Leiche Físel's wurden vier Schußwunden festgestellt. Durch die Schüsse der Polizei schwer verwundet, suchte er zu flüchten, um aus dem Bereich der Polizeifugeln herauszukommen oder um ärztliche Hilfe aufzusuchen, aber vor einem Haus in der Blumberggasse brach er zusammen und die verfolgenden Polizisten warfen ihn in die Handtür. Erst dort erlag Físel den Verwundungen, die ihm die Polizisten beigebracht hatten. Um einen Selbstmord ging es also nicht!

Agrardemokratie

Hodža über Demokratie, Planwirtschaft und Fortdauer der Koalition

Die Redaktion der „Pravda“ hat dem Landwirtschaftsminister Dr. Hodža mehrere Fragen vorgelegt, die sich vor allem auf seine Stellung zur Demokratie und zur Planwirtschaft beziehen. Hodža legte dar, daß während die agrarische Politik Deutschlands und Österreichs in der Vorkriegszeit von Junkern und Großgrundbesitzern getragen wurde, die tschechische Agrarpolitik demokratisch sei. Der tschechische Bauer wird auch weiter Demokrat bleiben. „Der Verhandlung nötig ist zu der Erödnung, daß in der Tschechoslowakei Diktator wahrscheinlich ein anderer wäre als ein Agrarier und daß es noch immer hoffnungsvoller ist, in der republikanischen Demokratie den Ministerpräsidenten zu haben, als einen Diktator, von dem man nicht weiß, wie und was.“ In dem Interview spricht sich auch Hodža entschieden gegen den anarchischen Kapitalismus und für die Planwirtschaft aus. „Wenn der Agrarier von der Wirtschaftsdemokratie spricht“, so sagt der Minister, „denkt er nicht nur an angemessene Preise. Er muß auch daran denken, daß ihm diese Preise jem and zahlen muß... Es handelt sich auch um eine Umschichtung der Einkommen innerhalb der gesamten nationalen und in den weiteren Folgen auch internationalen Gemeinschaft. Um eine Umschichtung der Einkommen auf Kosten der zu viel Blut entlassenden Organe der Gesellschaft im Interesse der Blutarmen, welche wieder die natürlichen Abnehmer landwirtschaftlicher Produkte werden könnten, wenn sie Arbeit und normales Einkommen hätten... Ich denke nicht an eine geistlose Gleichmacherei. Es handelt sich einfach darum, daß in der Tschechoslowakei niemand Hunger leidet. Das ist das Gebot unserer nationalen Pflicht.“

Schließlich sprach sich auch der Minister über die gegenwärtige Koalition und die Frage ihrer Fortdauer aus. „Sicher war es“, so sagte er, „eine bestimmte wirtschaftliche Situation, aus der die sogenannte Bürgerblock des Jahres 1926 erwachsen ist. Wenn die Ansicht von der damaligen Konjunktur ein Jretrum war, dann war auch ein politischer Jretrum die Nichtteilnahme einer ganzen Reihe politischer Faktoren an ihrem Regierungssystem. Die heutige Situation ist genau klar, um jeden politischen Jretrum von vorn herein auszuschließen. Darum muß jede Politik, insbesondere eine neue Wirtschaftspolitik auf lange Zeit hinaus, also auch nach den Wahlen mit allen Faktoren der heutigen Koalition rechnen.“

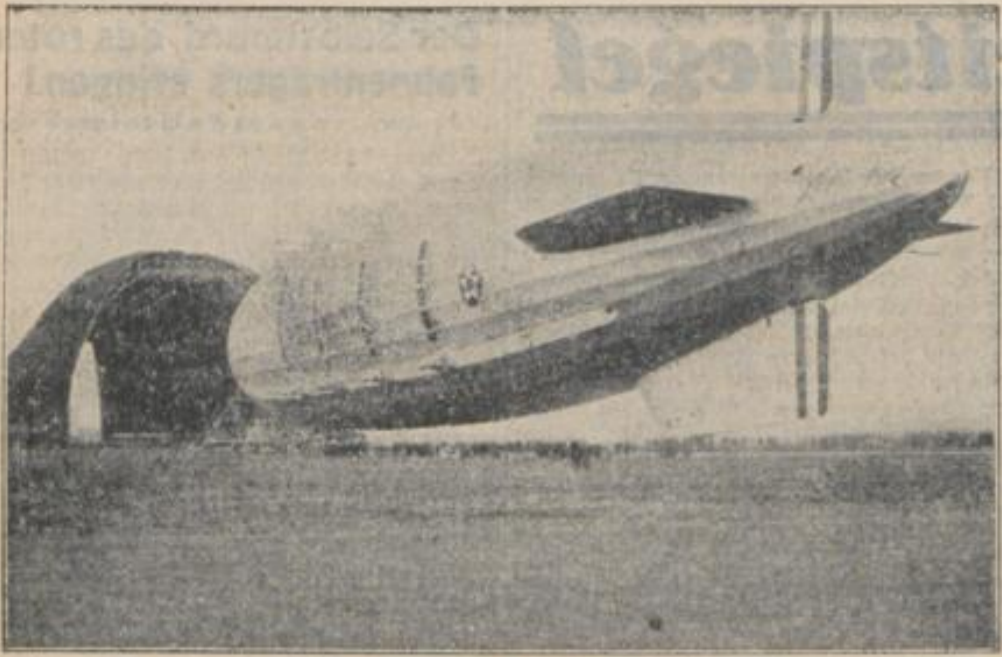
Baldige Verwirklichung der Sprengelbürgerschulen?

Wie das „Národní Obodozeni“ an leitender Stelle mitteilt, zeugen viele Anzeichen dafür, daß das Gesetz über die Sprengelbürgerschulen bald verwirklicht werden wird. „Wenn die Verhandlungen in der Koalition über die Sanierung der Selbstverwaltungsfinanzen erfolgreich zu Ende geführt werden“, so schreibt das Blatt, „so wird der richtige Augenblick auch für das Gesetz über die Bürgerschulen gekommen sein. Damit wollen wir freilich nicht sagen, daß diese beiden Fragen unumgänglich miteinander verbunden werden müssen, aber es ist Tatsache, daß sie an entscheidenden Stellen verbunden werden.“

Vom Rundfunk

Empfehlungswortes aus den Programmen:

Samstag:
Prag, Sender L.: 10.05: Deutsche Nachrichten, 11.05: Konzert des Salonorchesters, 16.40: Rundfunk für die Jugend, 18.05: Deutsche Sendung; Redlicher Falsch, Hörfolge mit Russk, 18.40: Uebertagung von den Sternstunden des Pils, 19.15: Tanzmusik, Sender G.: 14.30: russischelieder, 15: Deutsche Sendung; Inspektor Janetschek; Musikalische Zeitgeschichte, 18.20: Licht uns turnen. — Brunn 17.50: Deutsche Sendung; Halbe Stunde Schrammeln. — Währisch-Ohron 12.35: Orchesterkonzert, 19.50: Croatische Volksoperie. — Preßburg 21: Operettenstunde.



„Macon“, das größte Kriegsluftschiff der Welt, explodiert und vernichtet

Während eines Flottenmanövers ist das einzige Großluftschiff der Vereinigten Staaten, „Macon“, bei Point Sur, etwa zehn Meilen von der Küste entfernt, explodiert und im Meer versunken. Die 83 Mann starke Besatzung konnte sich in Gummibooten retten, nur zwei Besatzungsmitglieder, darunter ein Funkoffizier, werden noch vermisst. Das ist das dritte Luftschiffunglück, das Amerika heim sucht. Vor einigen Jahren war bekanntlich die „Schenandoah“ und später auch die „Aeron“ vernichtet worden.

Tagessneuigkeiten

Ein Kind spielt mit einer Granate...

Der fünfjährige Sohn des Arbeiters Franz Bockel aus Tschowitz bei Stettin fand eine Granate ohne Füllung, jedoch mit Zünder. Er warf die Granate in den Küchenherd. Daraufhin entstand eine Explosion, wobei der Knabe ernstlich an der Brust verwundet wurde. Der Herd wurde teilweise demoliert. Das verwundete Kind wurde ins Krankenhaus geschafft, wo die Ärzte feststellten, daß ihm der Brustkorb bis auf die Lunge zertrümmert wurde. Der Unglücksfall wird von der Gendarmerei untersucht.

Der Gastob

Der 46jährige Ausgedingter Ferdinand Sippig und seine 42jährige Wirtin Marie Praxobsky wurden durch Kohlenoxydgas vergiftet in ihrer Wohnung in Podhradni bei Pustice pod Hoshnem aufgefunden. Die 9jährige Tochter der Wirtin, Martha, die ebenfalls gasvergiftet war, befindet sich im Krankenhaus in Psetin in Pflege. Sie ist außer Lebensgefahr. Durch die Untersuchung der Gendarmerei wurde festgestellt, daß der Ausgedingter vor dem Schlafengehen den Ofen mit Holz vollgepackt hatte, wodurch ein Entweichen des Giftgases verursacht wurde. Der tragische Tod der beiden genannten Personen rief im ganzen Kreise große Erregung hervor.

Die Ursache der „Macon“-Katastrophe

Amsterdam. Der Vorsitzende des holländischen Syndikates für die Errichtung einer Luftschiffverbindung mit Niederländisch-Indien, A. Pronking, gab Pressevertretern gegenüber die Erklärung ab, daß das Verbrechen, das das Schicksal in die Luftschiffe als Verkehrsmittel sehr durch den Untergang des amerikanischen Luftschiffes „Macon“ keineswegs erschüttert worden sei. Es dürfte ausgeschlossen sein, daß diese Katastrophe lediglich auf ungünstige Witterungsumstände zurückzuführen sei. Dies werde treffend durch die Tatsache widerlegt, daß das deutsche Luftschiff „Graf Zeppelin“ zahllose Male in Gewitter und Orkane geraten sei, ohne Schaden zu nehmen. Der Untergang der „Macon“ müsse somit auf andere Ursachen zurückgeführt werden, die von dem holländischen Luftschiff-Syndikat eingehend untersucht werden würden.

San Francisco. Die amerikanische Kriegsflotte ist hier eingetroffen und hat die 81 Geschützte der Besatzung des gescheiterten Luftschiffes „Macon“ an Land gesetzt.

Wieder Eisenbahnunglück in Rußland

Moskau. Nach einer Meldung aus Vaku ereignete sich bei der Station Winerajnow. Eine Lokomotive fuhr infolge falscher Weichenstellung mit einem Güterzug zusammen, der aus Tankwagen bestand. Infolge des heftigen Anpralls entgleiste ein Teil der Wagen und legte sich quer über das Gleis. In diesem Augenblick näherte der Express und raste in voller Fahrt in die Wagen hinein. Nach den bisherigen Meldungen sind drei Lokomotiven und sechs Wagen zerstört.

Hauptmann zum Tode verurteilt

Zwei weibliche Geschworene gegen das Verdikt — Die Verteidigung erstrebt Widerruf des Urteils

Flemington. Bruno Hauptmann wurde vom Geschworenengerichte schuldig erkannt und zum Tode wegen der Ermordung des Lindbergh-Kindes, Charles Lindbergh des jüngeren, verurteilt. Die Geschworenen hatten elf Stunden beratschlagt. Als sie in den Sitzungssaal zurückkehrten, verkündete ihr Obmann in ihrem Namen das Verdikt „Schuldig gemäß der Anklage“. (Die Anklage beschuldigte bekanntlich Hauptmann, die am 1. März 1932 verübte Entführung selbst ausgedacht und auch vollführt zu haben.) Nach dem Verdikt der Geschworenen forderte Oberstaatsanwalt David Wilson, daß der Gerichtshof sofort das Urteil fällen solle. Dieser Forderung entsprach der Richter, Thomas Trenehart, indem er erklärte, daß Bruno Richard Hauptmann am 18. März d. J. zum Tode verurteilt worden sei.

Sauvina, welcher das Verdikt der Geschworenen scheinbar vollkommen ruhig anhörte, schwante leicht, als der Richter das Todesurteil ansprach. Es schien, als ob er sprechen wollte, er schwieg jedoch und schritt langsam mit gesenktem Haupte aus dem Gerichtssaal. Seine Frau verriet verhältnismäßig nur kurze Zeit eine gewisse Erregung. Sie erklärte hierauf: „Ich fürchte mich nicht, ich habe noch immer Hoffnung“. Die beängstigende Stille, welche nach der Fällung des Todesurteils herrschte, wurde durch den Verteidiger Hauptmanns unterbrochen, welcher forderte, daß jeder Geschworene das Verdikt wiederhole. Hierauf wiederholte jeder Geschworene: „Schuldig des Mordes ersten Grades“.

Die Geschworenen mußten fünf Abstimmungen vornehmen bevor ihr Wahrspruch einmütiger war, da zwei weibliche Geschworene sich gegen das Todesurteil aussprachen.

Der Hauptverteidiger Hauptmanns, Keiss, erklärte, die Verteidigung werde vor keiner Nähe zurückweichen, um einen Widerruf des Urteils zu erreichen, und werde eventuell bis vor dem Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten gehen.

In der Armenjünderzelle

Flemington. Hauptmann wurde nach der Urteilsfällung in die für die zum Tode Verurteilten bestimmte Zelle im Gefängnis des Staates New Jersey gebracht, wo bereits fünf andere Verurteilte auf ihre Hinrichtung warten. Nach einigen Trostworten zu seiner schlafenden Frau verlor Hauptmann in der Gefängniszelle die Gewalt über sich selbst und begann bitterlich zu weinen, indem er sich auf die beiden Polizisten stützte, die beiderseits an seiner Seite standen.

Hauptmanns Mutter glaubt an seine Unschuld

Kamenz. (Preuß.-Schlesien.) Der Neuter-Korrespondent suchte die Mutter des heute in Flemington zum Tode verurteilten Richard Bruno Hauptmann auf, die weinend über das Urteil äußerte: „Es ist nicht wahr, daß mein Sohn diese furchtbare Tat verübt hat. Ich beie zu Gott auf den Anien, daß er den amerikanischen Behörden den wahren Schuldigen finden helfe.“

Der Verwalter des Gefängnisses von Flemington gab am Donnerstag bekannt, daß Hauptmann am Sonnabend nach Trenton überführt und in der Todeszelle des dortigen Gefängnisses untergebracht werden wird.

Die öffentliche Meinung ist über das Todesurteil gegen Hauptmann zumindestens sehr geteilt. Anhänger von Hauptmann haben, wie erst bekannt wird, nach der Urteilsverkündung verschiedene Fensterchen des Gerichtesgebäudes eingeworfen. Der Verteidiger Hauptmanns erklärte, daß das Urteil seiner Ansicht nach einen der größten Justizirrtümer darstelle, der je vorgekommen sei. Die Geschworenen hätten zahlreiche unumstößliche Tatsachen unberücksichtigt gelassen. Die Verteidigung sei gegenwärtig damit beschäftigt, zahlreiche Berufungspläne auszuarbeiten. Auch die Schaffung eines „Hauptmann-Berufungs-Fonds“ sei in die Wege geleitet worden, da die Verteidigung gegenüber der Staatsanwaltschaft durch Geldmangel stark benachteiligt sei.

Arbeitsgemeinschaft Atus und Aruf

An alle Aruf- und Atus-Bezirke und -Kreise!
Die nächste Sitzung der Zentralarbeitsgemeinschaft findet am 25. Febr. statt. Wir bitten alle Atus- und Aruf-Bezirke, die die Arbeitsgemeinschaften noch nicht gebildet haben, diese sofort zu formieren und die Meldungen an uns zu schicken. (Adresse: Heinrich Müller, Aufsig, Bahnhofplatz 1.)
Die Arbeitsgemeinschaften in den einzelnen Bezirken und in den Kreisen können laut Beschluß der letzten Zentralisierung sechs bis acht Mitglieder umfassen. Für jene Atus- und Aruf-Bezirke, die territorial nicht zusammenfallen, wird die nächste Sitzung der Zentrale einseitliche Arbeitsgebiete festsetzen. Für die gemeinsamen Verammlungen im Herbst (Sportpolitische Themen), beschließen für die geplanten Bezirkskassen (fünf bis sechs Abende) können jetzt schon Vorschläge erlassen werden.
Die Reimwanderungen des Atus sollen in den Bezirken, wo dies möglich ist, gemeinsam mit dem Aruf durchgeführt werden.
Berichte von den Arbeiten der einzelnen Kreis- und Bezirksarbeitsgemeinschaften werden erbeten.
Bei Veranlassungen der einzelnen Organisationen werden gegenseitige offizielle Besuche empfohlen.
Freiheit!

200 Fischer auf einer Eisscholle abgetrieben

Stockholm. Wie aus Helsingfors gemeldet wird, sind in der Nähe von Kreditöham auf einer größeren Eisscholle etwa 200 Fischer abgetrieben worden. Die Rettungsarbeiten haben sofort eingesetzt. Einige Flugzeuge sind aus Siborg zu einem Erkundungsflug gestartet.

Hundert Palästina-Fahrer im Hungerstreik. 100 Juden, die auf illegalem Wege nach Palästina gekommen waren und seit längerer Zeit im Polizeigefängnis alle festgehalten wurden, sind in den Hungerstreik getreten, um dadurch ihre Vorführung vor Gericht zu erwirken.

Tob in den Wellen. Aus Drontheim wird gemeldet: Eine Fischerflotte, die bei schönem Wetter ausgelaufen war, wurde auf hoher See vom Sturm überrascht. Die meisten Boote konnten unter großen Schwierigkeiten den Hafen wieder erreichen. Sechs Fischer haben den Tod in den Wellen gefunden.

Wahrheitliches Wetter von heute: In Wämen unbeständig, veränderlich, windig, zeitweise leichtere Schauer, auf den Bergen Sturm und später wieder etwas kälter. In den östlichen Ländern des Staates weitere Erwärmung, zeitweise Niederschlag. — Wetterausichten für Samstag: Im Westen der Republik auch in den Niederungen wieder etwas kälter.

In der amtlichen Mitteilung wird nicht gesagt, ob auch Menschenleben zu beklagen sind. Die politische Polizei hat zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Handle so... Am Dienstag verkündete der Breslauer Sender: Heute ist der Todestag eines der größten Deutschen, des Philosophen Annael Kant. Wir ehren ihn am besten, wenn wir uns seinen kategorischen Imperativ zu eigen machen, der da sagt: „Handle so, daß die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könnte.“ — Bewiß ehrt man Kant am besten, wenn man den kategorischen Imperativ befolgt. Aber in Deutschland dazu auffordern, ist das nicht gleichbedeutend mit Hochverrat gegen das Regime? „Handle so...“ Ja, aber die Wahrheit aussprechen, nicht Gewalt tun, — wie ist auch nur eine Minute Bestand des Dritten Reiches vereinbar mit Kants Ethik? Was haben Diktaturen und Sittlichkeit mit einander zu tun?

Kasarns Ehrenbürgerchaften. Die Gemeindevetretung der Stadt Blatna wird am Sonntag eine Festigung im Theateraal der Turnhalle abhalten, um die Wahl des Präsidenten der Republik L. G. Kasarn zum Ehrenbürger der Stadt Blatna vorzunehmen.

Schuldfrage unwillkommen. Zum Jahrestag der österreichischen Fieberkämpfe veröffentlichte der „Daily Herald“ einen ausführlichen Artikel von E. W. H. Jones, dem Arbeiterkandidaten für Gaernatvorschire, der zur Zeit der Kämpfe in Oesterreich war und an der englischen Hilfsaktion für die 4800 gefangenen Sozialisten und Gewerkschaftler teilgenommen hat. Jones bezeichnet den bevorstehenden Besuch Schulfinggs in London als unwillkommen, denn der Nachfolger Tollfuf“ fege die Tyrannei womöglich noch in verstärkter Weise fort. Dabei weist das Hauptorgan der Labour Party besonders auf den angeländigten Prozeß gegen die Schutzführer hin, die schon vor dem 12. Febr. in Haft waren, also mit den Kämpfen nichts zu tun gehabt haben.

Ein unbekannter Selbstmörder. Die Gendarmereifstation in Jvole, Post Brand nad Blatnou, bekanntbar: Am 13. ds. wurde im Walde bei Jvole im Bezirk Jilove bei Prag die Leiche eines unbekanntes Mannes, der dort Selbstmord durch Erhängen verübt hat, gefunden. Der Unbekannte hatte keine Dokumente bei sich. Der Leichnam war vollständig erfroren. Auf Grund eines Abchnittes der Zeitung „Hvezda“ Nr. 3 vom 17. Jänner ist anzunehmen, daß sich der Leichnam dort nicht länger als etwa seit dem

18. Jänner befand. Auf Grund der Vorkarben-Spuren auf dem Hocke und einer Notiz auf einem Papierabschnitte läßt sich vermuten, daß der Unbekannte seinem Verufe nach entweder Tischler oder Lackierer war. Der Unbekannte war mittlerer Statur, schlank, etwa 55 bis 60 Jahre alt, hatte graue schütterere Haare mit einer teilweisen Stierglatze, einen grauen englisch zugeschnittenen Bart, gesunde Zähne und ein längliches Gesicht. Er war bekleidet mit einem kurzen dunkelgrauen Winterrod, einem dunkelblauen Rod und Weste und schwarzen gestreiften Hosen. Er hatte ein weißes Hemd mit einer blauen Chemisette und graue Wollsocken, einen graugrünen Hut und schwarze Schnürschuhe an. Der Leichnam befindet sich in der Leichenkammer in Jvole, Bezirk Jilove bei Prag, wo er identifiziert werden kann.

Die letzten drei... Am Mittwochabend und im Laufe der Nacht zum Donnerstag sind die letzten drei der bei dem Wasserbruch auf der Weide „Lauweg“ Verunglückten geborgen worden.

108jährig geboren. In Moravise Budjovice starb die Ausgedingthäuserin Antetina Parjesová im Alter von 108 Jahren. Sie war zweimal verheiratet und hatte vier Kinder, 20 Enkel und 50 Urenkel. Bis in die letzten Tage ihres Lebens erfreute sie sich einer guten Gesundheit.

Mit Gummiknappeln bewaffnete Nationalsozialisten, etwa 50 Mann, sprengten eine in einem geschlossenen Saal abgehaltene sozialdemokratische Versammlung in Danzig. Die Polizei verhaftete einen der Angreifer.

Siechenhaus in Flammen

Lebensgefährliche Bergung von 41 Insassen — Ein 250 Jahre altes Schloß vernichtet

In der Nacht auf Donnerstag ging das 255 Jahre alte Schloß in Cerekvice bei Horice in Flammen auf. In dem Gebäude war eine Würgerküche und das BezirksSiechenheim untergebracht. Das mit riesiger Schnelligkeit um sich greifende Feuer wurde erst spät bemerkt, so daß die Rettung der zum Teil schwer kranken Insassen des Heimes mit großer Lebensgefahr für die Helfer verbunden war. Das Schloß brannte trotz der Bemühungen von neun Feuerwehren aus der Umgebung nieder.

Wie „A-Post“ meldet — das Korrespondenzbüro scheint von dem Ereignis nichts zu wissen —, waren im Siechenhaus 41 Personen, von welchen zehn sich nicht selbst hätten retten können. Der Ortsarzt Dr. Křizanovský übernahm sofort die Leitung der Rettungsarbeiten. Während schon

die Wachen von den Daken stürzten, wurden die Kranken ins Freie getragen, wobei der Arzt einigemal in größte Gefahr kam. Auch die Feuerwehmann Jaroslav Pisecky, der die Schlauchleitung an die bedrohtesten Stellen heranbrachte, stürzte dabei mit einem zusammenbrechenden Mauersims ab und wurde so schwer verletzt, daß er ins Krankenhaus überführt werden mußte. Auch einige andere Personen wurden verwundet.

Die Ursache des Brandes, welcher einen Schaden von mehr als einer Million Kč anrichtete, ist noch nicht aufgeklärt. Wahrscheinlich ist, daß das Feuer aus einer schadhaften Kaminleitung die ausgetrockneten und zum Teil morschen Deckenpfeifen ergriff. An eine Restaurierung des Schlosses ist nicht zu denken.

Lied eines Enttäuschten

Meine Stube ist kalt, doch dafür sehr klein,
 Sie steht direkt in den Himmel hinein
 Und Wolken segeln an ihr vorüber, —
 Sie meinen —: das muß sehr romantisch sein —?
 Versteht sich —, Nur — weniger wäre mir lieber!

Im Sommer sah alles ganz anders aus —
 Verträumtes Gähnen — Ein dackliges Haus —
 Ge karrten die Stufen bei jedem Schritt,
 Und immer ging etwas wie Seele mit —
 Im Fensterhalm stand ein Blumenkrauß . . .

Jetzt klistert der Frost und das Sims steht leer,
 Die Treppen frieren — sie karrten nicht mehr —
 Das Haus ist gewiß noch immer geblüht,
 Nur scheint's, daß der Schnee es zur Erde drückt —
 Wo nehmen Sie da die Romantik her —?!

Im kleinen Zimmer ein Ofen steht,
 Dem's, mit Verlaude, auch recht frohlich geht,
 Vorsehern ist er mir eingeschneit —
 Er ist ein Ofen aus dieser Zeit,
 Der nur aus Wunschtraum noch Kohlen besteht . . .

Und doch, und doch hat mir gestern Nacht
 Mein kleines Zimmer den Frühling gebracht —
 Am Fenster hing glitzernd ein Blumenbukett
 Aus purem Glas — Ich sprang aus dem Bett
 Und habe das Fenster weit offen gemacht —!

Pierre.

Wintersnöte überall

Grippe in Spanien

Madrid. Der diesjährige strenge Winter in Spanien und die nicht für so niedrige Temperaturen eingerichteten Wohnungen haben in Madrid eine Grippe-Epidemie zur Folge, die besonders in den Reihen der Schulkinder tag um tag sich greift. Es gibt Schulklassen, wo von 50 Kindern nur vier zum Unterricht kommen. Durchschnittlich fehlen etwa 30 bis 40 Prozent der Schüler. In den Ministerien, den Büros und Werkstätten ist der Personalausfall ebenfalls erheblich.

Die seit vielen Tagen infolge der außergewöhnlichen Schneefälle vollständig von der Umwelt abgeschnittene nordspanische Stadt Reinosa befindet sich in größter Not. Bei einer Temperatur von 18 Grad Kälte beginnen die notwendigen Lebensmittel sowie die Kohlen knapp zu werden. Für das Vieh fehlt Futter und über dem Feuer geschmolzener Schnee dient als Trinkwasser. Der spanische Minister für öffentliche Arbeiten ist wegen dringender Hilfsmaßnahmen angerufen worden.

Frierendes Italien

Mailand. Die Kälteperiode in Oberitalien dauert mit unverminderter Stärke an. Der Kältepol dürfte in der Gegend von Ancona liegen.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Zwangssyndikate in Frankreich

Die Regierung plant in Frankreich die Zwangssyndikate zu erweitern. Die Regierung plant in Frankreich die Zwangssyndikate zu erweitern. Die Regierung plant in Frankreich die Zwangssyndikate zu erweitern.

Die Regierung soll ermächtigt sein, für alle Mitglieder eines Wirtschaftszweiges für eine begrenzte Zeit die zwischen den interessierten Unternehmern im Hinblick auf die Überwindung einer erzießlichen Lage abgeschlossenen Vereinbarungen für obligatorisch zu erklären. Dem Gesetzentwurf zufolge soll die Regierung im Prinzip nur dann eingreifen, wenn ein Wirtschaftszweig einen bedeutenden Platz in der nationalen Wirtschaft einnimmt und wenn die bestehenden Vereinbarungen mindestens zwei Drittel der Unternehmen des Wirtschaftszweiges und drei Viertel ihres Umsatzes umfassen. Wenn in gewissen Industriezweigen die Unordnung unheilbar wird und sich nicht ein Minimum von Einvernehmen und Organisation durchsetzt, so kann die Regierung immerhin ein Expertenkomitee mit der Prüfung der Lage der nicht organisierten Industrien beauftragen und eventuell Maßnahmen treffen, um den Zusammenschluß der Unternehmer dieser Industrie zu erleichtern. Die von der Regierung für obligatorisch erklärten Vereinbarungen sollen eine Klausel über die Begrenzung ihrer Dauer enthalten. Die Vereinbarungen können Bestimmungen enthalten, die am zweckmäßigsten erscheinen, um die Überproduktion zu begrenzen, d. h. sie können Betriebsbeschränkungen oder die vorübergehende Einstellung des ganzen Betriebes vorsehen, ferner die Anpassung der Produktionsmittel an die Lage des inneren und äußeren Marktes, die Verkürzung der Arbeitszeit, die Einlagerung der Waren sowie Vorkehrungen, die dem betreffenden Wirtschaftszweig die finanziellen Mittel sichern, um die Krise zu überwinden (u. a. Erhebungen einer Lage, Herausgabe von Anleihen usw.).

Wünscht eine Wirtschaftsgruppe, daß ihr Verband für obligatorisch erklärt wird, so hat ein Schiedsrichterkomitee den Fall zu prüfen und endgültig darüber zu entscheiden. In dem Komitee sitzen u. a. ein Vertreter der Produktion und der Arbeiter (der Generalsekretär des Gewerkschaftsbundes), sowie des Generalgouverneurs der Bank von Frankreich und der Präsident der Konferenz der Handelsgerichte. Der Generalsekretär des Nationalen Wirtschaftsrates erfüllt die Funktion eines Kommissars der Regierung. Die Kontrolle der Durchführung liegt beim Handelsministerium. Bei Mißbräuchen ist die Regierung zur Einwirkung des Schiedsrichterkomitees ermächtigt, den obligatorischen Charakter des Verbandes sofort aufzuheben.

Der französische Gewerkschaftsbund (CGT) hat sich mit dem Gesetzentwurf eingehend befaßt. In den abschließenden Beratungen im Verwaltungsrat der CGT führte der Generalsekretär Nohaux u. a. aus, daß der Entwurf nicht ohne Interesse, jedoch unvollständig sei und gewisse Gefahren und Widersprüche in sich schließe. Es genüge nicht, daß die Gründung eines solchen Verbandes von der Mehrheit der Unternehmern beschlossen werde. In diesem Zweck wäre eine öffentliche Erhebung nötig, bei der nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Arbeiter ihr Wort mitzureden hätten. Die Vertretung der Arbeiterkraft im Schiedsrichterkomitee sei sehr mager, wenn man bedenkt, daß die Kommission endgültig zu entscheiden habe. Der Entwurf in seiner gegenwärtigen Fassung könne nicht als ein Heilmittel gegen die Arbeitslosigkeit betrachtet werden. Die Schließung von Fabriken und die Entlassung von Arbeitern müsse im Gegenteil zur Verallgemeinerung der Arbeitslosigkeit beitragen, die zur Zeit in gewissen Industriezweigen nur eine teilweise

Arbeitslosigkeit sei. Maßnahmen für die Verkürzung der Arbeitszeit müßten in dem Gesetzentwurf ebenfalls obligatorisch erklärt werden.

Deutscher Professor von einer Lawine getötet

Mailand. Aus Ortini in Südtirol wird ein neues Lawinenunglück gemeldet, dem ein reichdeutscher Professor, Erdmann-Windisch aus Kirchbarn, zum Opfer gefallen ist. Der Professor nahm an einem Standsflug teil. Während des Marsches bemerkte der Führer der Gruppe plötzlich, daß sich Schneemassen von einer steilen Wand lösten und ermahnte die Teilnehmer, sich in Sicherheit zu bringen. Allen gelang es, der niedergehenden Lawine auszuweichen, nur Prof. Erdmann und seine Frau wurden verschüttet. Während es der Frau mit Hilfe des Führers und der anderen Teilnehmer der Partie schnell gelang, sich zu befreien, blieb der Professor unter den Schneemassen begraben. Erst zu später Stunde konnte der Verunglückte geborgen werden, der noch Lebenszeichen von sich gab. Aber trotz künstlicher Atmung und anderer Hilfsmittel war es nicht möglich, dem Verunglückten am Leben zu erhalten.

Die Erklärungen von Nohaux wurden vom Verwaltungsrat der CGT gutgeheißen.

Was wird aus Zypern?

Die Eingabe des in Athen befindlichen „Appriations Nationalbüros“ auf Ermöglichung einer Volksabstimmung nach dem Muster des Saargebietes hat die Aufmerksamkeit auf diese Insel gelenkt, auf der 1931 ein bestiger Aufstand gegen die Engländer stattfand. Die Vorkämpfer der Unabhängigkeit machen geltend, daß die 9282 Quadratkilometer große Insel heute von 280.000 Griechen und 60.000 Türken bewohnt werde. Im 19. Jahrhundert leistete Zypern passiven Widerstand gegen die Herrschaft der Türken, ohne den Anschluss an das befreite Griechenland zu erlangen. 1878 verpachteten die Türken die Insel an England. Im Weltkrieg wurde sie wieder von den Türken besetzt, nachdem 1913, also kurz zuvor, die endgültige Abtretung vereinbart worden war. 1920 forderte der Vertrag von Sevres erneut die Auslieferung, und 1925 wurde die Insel zur englischen Kronkolonie erklärt. 1878 waren die Engländer überschüssig als Befreier gefeiert worden. Der Umschwung trat aber ein, als die Bevölkerung erkannte, was es mit dem neugegründeten geschickenden Rat auf sich habe. Dieser bestand aus 12 Griechen, drei Türken und neun Engländern. Da die Türken immer auf der englischen Seite standen, ergab sich stets Stimmengleichheit, so daß die Stimme des Gouverneurs den Ausschlag gab. Diese Verfassung wurde nach dem letzten Aufstand aufgehoben und dem Gouverneur alle Machtmittel in die Hand gegeben. Er hat die Verechtigung, die Beamten, Gemeinderäte und Bürgermeister zu ernennen. Im Mai 1934 wurde sämtlichen Schulen der griechische Charakter

Rat und Belehrung

finden unsere Gemeindevertreter in reichem Maße in der

„Freien Gemeinde“

Redaktion und Verwaltung, Prag XII., Fochova 62/V.

ter genommen. Die Jugend soll zu Bürgern des englischen Empires erzogen werden. Griechische Geschichte und griechische Volkstümlichkeit sind verboten. Nach 1931 wurden auch die vier Bischöfe und zahlreiche Geistliche ausgewiesen. Bei der Unabhängigkeitsbewegung an Griechenland steht heute die griechisch-orthodoxe Kirche an führender Stelle.

Die „Stille Front“

Berlin. (A. P.) Zahlreiche Beamte, Industrielle, Großbauern und Kaufleute erhielten jüngst ein längeres Schriftstück zugesandt, das sich Programm der „Stillen Front“ nennt und für die Ermönarchie, die Flagge schwarz-weiß-rot und einen — Reichsausschuss eintritt, der der gegenwärtigen Rechtslosigkeit und den Rechtsbrüchen ein Ende macht. — Dem Monarchen solle ein Parlament, etwa mit den Befugnissen der Vorkriegszeit, zur Seite gestellt werden, zu dem alle Personen über 25 Jahre wählen können. Verfassungswidrige Parteien, die auf dem Boden einer Diktatur stehen, sollen verboten werden und ihre Kandidaten nicht wählbar sein. Der Staat solle auf dem Boden des Privateigentums stehen, aber ungesunde Formen des Kapitalismus bekämpfen.

Offensichtlich handelt es sich hier, wie man aus den Konzeptionen an demokratische und soziale Gedankenengänge ersieht, um eine Tätigkeit der „Stillen Front“ sollen vor allem frühere Stahlhelmführer sein. Daß auch der Herrenklub, Eugenberg und der Sohn Hindenburg mit diesen Plänen zu tun haben, ist weniger wahrscheinlich, da sie einer anderen, weniger demokratischen, Richtung der Monarchisten zuneigen. Ausgeschlossen ist es indessen nicht, daß es aus tatsächlichen Gründen zunächst einmal zu einer Zusammenarbeit aller Opponenten gekommen wäre. Der Ausdruck „Stille Front“ rührt daher, weil es, wie es anfangs im Rundschreiben heißt, nicht darum geht, eine Massenorganisation zu schaffen, und weil man sich zunächst mehr Wirkung davon verspricht, wenn nicht einer den anderen lenke und im Stillen getwirkt werde.

Bombenanschlag gegen jüdische Druckerei

Warschau. In Warschau wurde in der vergangenen Nacht ein Bombenanschlag gegen die jüdische Druckerei Heller verübt. Durch die Explosion wurde die Inneneinrichtung der Druckerei vernichtet, auch wurden die im Gebäude der Druckerei befindlichen Geschäftsläden beschädigt. Außerdem wurden die Fensterscheiben eines dem Druckereigebäude gegenüberliegenden Hotels zertrümmert. Da die Explosion der Bombe zu einer Zeit erfolgte, da der Betrieb der Druckerei stillstand, wurde niemand verletzt.

Der „Graf von Göbbelsburg“

Raziotisches Spionagenest — Zwei Abenteuerer und eine Prostituierte als Agenten des Dritten Reiches

Pro. Ueber diesen Fall, der Donnerstags in fortgesetzter Verhandlung vor dem Strafgericht 303 verhandelt wurde, haben wir feinerzeit, im Dezember v. J., bereits berichtet. Es handelt sich um eine Anklage wegen Militärspionage und auf der Anklagebank saßen zwei überaus merkwürdige Gestalten. Es handelt sich um Agenten des Dritten Reiches, einen Mann und eine Frau. Da ist zunächst der reichsdeutsche Staatsangehörige Ludwig Kapfer, der auch unter dem Namen Hans Luka auftrat, um übrigen eine recht dunkle Existenz. Neben ihm ist angeklagt seine Lebensgefährtin „Anna Krüger“, die sich angeblich erst unlängst in Berlin an einen Werkmeister Witton verheiratet hat. Wenigstens besagt das ihr von den reichsdeutschen Behörden ausgestellter Paß, heißt sie soviel, daß diese „Frau Witton“ früher eine Prosterstituierte war und mit einem gewissen Wilhelm Bräuer in intime Beziehungen unterhielt, aber auch in andere gearteten Verbindungen stand. Dieser Wilhelm Bräuer, der offenbar die Hauptperson des ganzen Spionagenestums ist, hat sich unserer Justiz rechtzeitlich durch Flucht ins Ausland entzogen. Nach allem was über ihn bekannt wurde, handelt es sich um einen Abenteuerer überster Art. Er ist etwa vierzig Jahre alt, in den Vereinigten Staaten geboren und trieb sich feinerzeit in der Hochschlosserei herum, wo er sich nicht nur als nazistischer Militärspion betätigte, sondern sich auch in die Kreise der reichsdeutschen Emigration einbrachte, indem er sich bald als emigrierter Sozialdemokrat, bald als Mitglied der Straßenschen „Schwarzen Front“ ausgab. Dieser Mann, der mit ungläubiger Dreistigkeit mit allen möglichen politischen Exponenten Fühlung suchte (er verkehrte auch — allerdings vergeblich — mit Dr. Frenck in Verbindung zu treten) tat sich mit der Prostituierten Anna Krüger zusammen, die ihm bei seinen Aktionen an die Hand ging.

Welcher Art die Spionagetätigkeit dieser lauberen Gesellschaft „nordischer Edelmannen“ war, ist allerdings nicht bekannt, da die Verhandlung für geheim erklärt wurde. Wir wissen nur soviel, daß dieser militärische Wilhelm Bräuer eben noch zur rechten Zeit nach Deutschland entwich und daß seine „Gefährtin“, die Anneliese Anna Krüger, gleichfalls einige Zeit in Berlin weilte, wo sie sich — nach Bezeichnung der reichsdeutschen Behörden — mit dem Werkmeister Witton verheiratet hat.

Diese Ehe-schließung erfolgte deshalb mehr als überraschend, weil der Angeklagte Kapfer (alias Hans Luka) nach Bräuers Verlassen mit der Krüger-Witton lebte und offenbar auch in anderer Art mit ihr zusammenarbeitete hat. Nach allem an schlechten, war das keine Alceblatt nicht mehr und nicht weniger als eine Agentur des hitlerischen Spionagenestums.

Was diesen Ludwig Kapfer betrifft, so hat er seine Tätigkeit mit beispiellosem Eifer betrieben. U. a. knüpfte er ein Verhältnis mit einer Studentin an, der er sich als Wolf Rudiger von und zu Göbbelsburg vorstellte. Er gab vor, ein reicher Aristokrat zu sein, sprach von seinen drei Gütern am Bodensee, verführte das leichtgläubige Mädchen unter Fügung der Ehe und verschwand dann auf Rimmerwiedersehen.

Bei der Verhandlung am Donnerstag wurde auch Dr. Otto Straßer in mehr als spezifischem geheimen Verhör untergenommen. Die Verhandlung wurde dann um eine Woche vertagt. Wir werden anlässlich der Urteilsfällung noch auf diesen Fall zurückkommen. Sicher ist jedenfalls, daß die Tätigkeit von Individuen dieser Art heute — nach der Ehrenhaftigkeit von Böckl — unter einem ganz andern Gesichtspunkt zu betrachten ist, als feinerzeit.

Eine außergewöhnliche Mordtat ereignete sich auf dem Gute des Gutsbesizers Wiffinger in Dolina bei Stanislau. In dem Hause Wiffingers wurden öfters spiritistische Séancen veranstaltet, an welchen auch der 13jährige Sohn des Gutsbesizers, Adolf, ein geistig beschränkter Knabe, teilgenommen hat. In der verflochtenen Nacht erschöpfte Adolf seine 17jährige Schwester, während sie schlief, und versuchte dann mit dem Geiste der Erschöpften einen Kontakt herzustellen. Durch die verzweifelt Eltern über die Ursache seiner furchtbaren Tat befragt, erklärte der Knabe, er habe sich durch die Ermordung seiner Schwester einen Geist beschaffen wollen, mit dem er ständig verkehren könnte.

Tödlicher Sturz mit dem Fahrrad. In der Nacht auf den 13. d. M. vor Mitternacht wurde auf der Landstraße beim Weihen Berg bei Wilsen ein schwer verletzter unbekannter Mann aufgefunden. Er wurde in das Wilsener Krankenhaus gebracht, wo es sich herausstellte, daß der Unbekannte eine schwere Gehirnerschütterung und Verletzungen im Gesicht erlitten habe. Weiter wurde festgestellt, daß es sich bei dem Verletzten um den 53jährigen Josef Schmidt, Besitzer im Städtischen Wohnhaus von Trautau bei Wilsen handelt. Schmidt ist, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, gestorben. Die Untersuchung ergab, daß Schmidt bei einer Radfahrt an einen Rasen fuhr und sich so die tödlichen Verletzungen zuzog.

Todesopfer der Kälte. Die außergewöhnlich harte Kälte hat in der ungarischen Provinz Borsabánya mehrere Todesopfer gefordert. Im Bezirk Ördöggyás am Fuße des Rátogebirges fanden Gendarmen einen bewußtlosen Soldaten auf, dem Arme und Beine erfroren waren. Der junge Artillerist hatte sich infolge des großen Schneesturmes verirrt und war bewusstlos zusammengebrochen. Am Marktplatz in Szegedin hielt die Polizei einen fahrenden herrenlosen Schlitten auf, dessen Besitzer halb erfroren im bewußtlosen Zustande ins Krankenhaus geschafft werden mußte. Eine Bauerstotzrau, die in der Szegediner Umgebung wohnte, fuhr am abends auf dem Radhausewege vor Kälte bewußtlos zusammengebrochen und wurde tot auf der Landstraße gefunden. Ein 88jähriger Tagelöhner, der sich, durch die Kälte geschwächt, auf der Landstraße auf einem Reitenstein niedergelassen hatte, erlitt den Tod durch Erfrieren. Das Haus eines Landwirtes war während der Nacht durch den harten Schneefall bis zum Schornstein hinauf vollständig eingeschneit, so daß die Radfahrer nur mit schwerer Mühe die bedrohte Familie retten konnten.

25jähriges Regierungsjubiläum Georg V. Am 9. Mai wird in der Westminsterabtei in London das 25jährige Regierungsjubiläum Georg V. in überraus feierlicher Weise begangen werden. Das Königspaar, die Mitglieder der beiden Häuser des Parlaments, Mitglieder der überfestschen Parlamente des britischen Reiches, sowie hohe Würdenträger, rund 2000 Personen an der Zahl, werden sich an den Feiern beteiligen.

Banditen überfallen eine Stadt. In die Stadt Lanzing in Westkorea drangen bei nächtlichem Nebel ungefähr 200 Banditen ein. Hierbei wurden die Personen, welche ihnen Widerstand entgegensetzten — darunter zwei Frauen — getötet. Die Banditen plünderten zahlreiche Geschäfte aus und flüchteten mit einer großen Beute. Japanische Militärabteilungen verfolgten sie.

Postverbilligung bringt Ueberschuß. Das britische Postministerium hat seinen Rechnungsabluß für das vergangene Jahr veranschlagt. Obgleich in dieser Zeit verschiedene Posttarife, besonders auch die Telefonanschlusstarifung, und Benützungsgelühren herabgesetzt worden sind, ist der Ueberschuß von 12,3 Millionen Pfund im Jahre 1933 noch um weitere 1,25 Millionen Pfund gestiegen. — In der letzten Zeit sind die Telefonverbilligungen nach Japan und neun vermehrt worden, ohne daß Kosten für Landleitungen und Seekabel entstanden wären. Die Gespräche werden nämlich über das Meer durch Ultrakurzwellen von nur 5 Meilen Länge übertragen.

PRAGER ZEITUNG

Eine 66jährige tot aufgefunden. In Prag VII - 640 wurde in ihrer Wohnung die 66jährige Kaufmannswitwe Katharina Hystochl tot aufgefunden. Den Nachbarn war aufgefallen, daß sie schon seit mehreren Tagen die Wohnung nicht verlassen hatte. Als man in die Wohnung einbrach, lag dicht hinter der Tür die tote in Hauskleidung. In Händen und Füßen wurden kleinere Abschürfungen festgestellt, deren Ursache noch nicht festgestellt werden konnte. Die Hystochl war in der letzten Zeit kränzlich. Auf dem Bett wurde ein Sparfassebuch gefunden; die Wohnung war in Ordnung.

Sonderzüge. Ein Sonder-Motorzug nach Johannisbad und zur Sokolbande wird von der ČSD Prag am Samstag zum Preise von 75 Kč abfertigert werden. In dem Preise sind Nachlager, Frühstück und Autobusfahrt inbegriffen. Die tschechoslowakischen Staatsbahnen werden einen Skisportzug in den Tagen vom 9. bis 18. März in die Höhe Tatira und nach Teplara zum Preise von 585 Kč abfertigen. Anmeldungen im Ausflugsausserat im Basar neben dem Wilsonbahnhof.

Kunst und Wissen

Doppelkonzert Winteris-Pollak. Diese zwei Prager Künstler, der Tenor Franz Winteris und der Pianist Frank Pollak, hatten sich vorgeretert abends im Bühnenaal des Volksbildungshauses „Urania“ zu gemeinsamer künstlerischer Tätigkeit zusammengefunden. Derartige Konzerte heimischer Künstler können öfter in Szene gesetzt werden, um unsere eigene Kunst zu propagieren, aber nur, wenn sie wirklich vollendete künstlerische Leistungen zu bieten haben. Der vorgestrichene Konzertabend der beiden genannten Prager Künstler überzeugte hauptsächlich durch die stilvolle und sorgfältige Wahl des Programmes, das Lieder und Gesänge von Mendelssohn, Schubert, Wolf, Mahler und dem missgünstigsten Pianisten Pollak sowie Klavierstücke von Chopin und Bizet/Klavir enthielt. Den Pianisten Frank Pollak kennt man schon von früheren Konzertgelegenheiten her als ausgezeichneten Gemalospianisten und nicht minder trefflichen Meister der Taste. Er hat auch bei diesem Konzerte seine pianistischen Tugenden — differenzierte Anschlagkunst, glatte Technik und stilvollen Vortrag — im besten Lichte und sogar bei geschlossenem, tonlosem Klavier gezeigt. Der Tenor Franz Winteris ist ein durch Vortragstechnik ausgezeichnete Sänger. Seine Stimme ist nicht groß und entbehrt noch des letzten Schalles, aber sie wird aus behandelt und offenbart jene Wärme im Ton, die gerade für den Liedgesang unentbehrlich ist. Als Koncert- und Oratorien-sänger also dürfte Winteris seinen Weg machen. Die Begleitung der Gesänge hatte in vorbildlicher Weise Frank Pollak besorgt.

Spielplan des Deutschen Theaters. Freitag 8: Kida, D I, Gastspiel Kerstin Thorborg Verdighus III. — Samstag halb 8: Ehe in Dosen, A I.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Freitag, abends 8 Uhr: „Ich hab's getan“, Kulturverbandsfreunde und freier Verkauf. — Samstag 8 Uhr: „Ich hab's getan“. — Sonntag nachmittags 3 Uhr: Schneider Wippl Kontra Napoleon.

Sport • Spiel • Körperpflege

Dem holländischen Arbeiterfußball haben wir bisher recht wenig gehört. Diesmal sind wir schon in der Lage, eine kleine, wenn auch bescheidene Übersicht zu geben. Der Fußballsport hat auch in der holländischen Arbeiterbewegung eine starke Verbreitung gefunden und die Spiele — es existieren fast in jedem Gebiet vier Abteilungen — werden immer von Hunderten von Zuschauern verfolgt. Im Kreis Utrecht z. B. befinden sich derzeit Velharding und Hilversum an der Spitze; ersterer weist 22, letztere 20 Punkte aus je zwölf Spielen aus. Zeit I hat noch Anschluss an die Spitzengruppe (16 Punkte aus elf Spielen). Im Limburger Gebiet wiederum gab es für den Pioneer des Arbeiterfußballs Maastriich eine 3:0-Niederlage durch Brumsum und nimmt nun den letzten Platz in der Tabelle ein. Im Kreis Amsterdam führt Voort-

waarts mit 18 Punkten aus zehn Spielen vor Eendracht mit 12 Punkten aus zehn Spielen. Der Endkampf in dieser Gruppe dürfte ein sehr spannender werden.

Gewinnen, der bekannte norwegische Weltmeister im Eisschnelllaufen, soll, wie die Blätter melden, einem Arbeitersportverein beigetreten sein. Nachdem die Norweger Eialrud und Engnesen derzeit in Russland sind, ist der bürgerliche Eisschnelllaufsport in Norwegen seiner besten Vertreter verlustig gegangen.

Eine merkwürdige „Scholade-Geschichte“ im bürgerlichen Fußballsport. Eine Scholade-Fabrik — ihr Name tut nichts zur Sache — hat zur Beduma ihres Konsums ihren Padungen Bilder von tschechischen prominenten Fußballern beigelegt. Ein solcher Prominenter, der Slavia-Verteidiger Jenisek, war damit anscheinend nicht einverstanden und klagte die betreffende Firma. Was kam nun daraus? Die Bewilligung zur Bilder-Verlage kaufte sich diese Firma vom tschechischen Fußballverband! Soweit ist diese Angelegenheit noch klar. Aber was soll man dazu sagen, wenn der Verband den erwähnten Spieler zur Zurückziehung der Klage zu veranlassen suchte und als er dies nicht tat, einfach eine Spielsperre über ihn verhängte. Schöne Sachen, die sich da im bürgerlichen Sport abspielen, beurteilenswerter dadurch, daß ein Verband, der in seiner Mehrheit aus Amateuren besteht, „Geschäfte“ mit Spielern machen wollen. Die Moral von dieser Geschichte — sollen wir das neuerdings betonen . . .

Oesterreichische Sportuniform. Auf Wunsch (?) des Obersten Sportführers Starbemberg soll eine einheitliche Kleidung für Sportler und Sportlerinnen für Auslandsreisen geschaffen werden. Die Begründung zu dieser Einführung: Die Kontrolle der Sportler im Ausland, auch als Einzelportler, soll dadurch erleichtert werden! Mit anderen Worten: eine sportliche Zwangsjacke!

Aus der Partei

Bezirkskonferenz in Mähr.-Schönberg

Sonntag, den 10. Feber, fand im Arbeiterheim in Mähr.-Schönberg die ordentliche Jahreskonferenz der Bezirksorganisation unserer Partei statt. Die Konferenz, die unter dem Vorsitz des Bezirksvereinsamtmannes Genossen Melcher tagte und an der für die Kreisorganisation Genosse Hrdla, für die Reichspartei Genosse Dr. Wiener und für die tschechische Bruderpartei Genosse Formanek teilnahmen, war von 88 Delegierten und

Gästen besucht. Den Jahresbericht erstattete Genosse Vizeer, von den Genossen Bildner und Pictsch ergänzt. Den Bericht ist eine gewaltige Arbeit im Interesse der Partei und damit auch der Arbeiterschaft zu entnehmen, gegen die der Aufbruch der Gegner erfolglos blieb. Das politische Referat hielt unter allgemeiner Zustimmung Genosse Dr. Wiener, die Debatte befaßte sich in Konsequenz seiner Ausführungen in der Hauptsache mit den durch die politische Situation bedingten Aufgaben der Partei. Die Konferenz nahm weiterhin einstimmig zwei Resolutionen an, durch welche die Politik unserer Parlamentarier gutgeheißen und ihnen der Dank für ihre Arbeit ausgesprochen wird und weiter unser Standpunkt zur Wirtschaftskrise und unseren Gegnern zum Ausdruck gebracht wird. Diese zweite Resolution schließt mit einem Aufruf an unsere Arbeiter zum Kampfe gegen den Faschismus und gegen die Reaktion, für Frieden, Freiheit und Brot.

ČSD-Emigranten Prag: Freitag, den 15. Feber, Versammlung im Parteihaus in der Károldni 4, Vortrag des Genossen Dr. Emil Strach „Drei Wochen in der Sowjetunion“. Zutritt nur gegen Parteiausweis. Beginn 7 Uhr.

K. W. Tatra-Tabak. In der Nacht in die Tatra werden noch zwei bis drei Genossen angenommen. Abfahrt Freitag, den 22. Feber, abends. Rückfahrt Sonntag, den 3. März. Standort: Edelweisschütte. Kosten circa 380 Kč. Anmeldungen sofort bei Genossen Schönfelder.

Vereinsnachrichten

Turner und Turnerinnen. Achtung! Bezirksturnwart Genosse Kohler kommt diesen Samstag nach Prag und wird im Sportturnklub die Proben für unsere Akademie leiten. Es sollten möglichst alle aktiven Turner und Turnerinnen teilnehmen. **Kurzzeit:** Samstag von 17 bis 20 Uhr und Sonntag von 9 bis 12 Uhr in unserem Turnlokal. — **Turngenossinnen!** Eurem Wunsch entsprechend, findet Dienstag, den 19. Feber, im Parteihaus ein Ausspracheabend der Turnerinnen statt. Wir sprechen u. a. auch über unsere Vorarbeiten für die Akademie am 6. April. Sorgen dafür, daß keine Turngenossin fehlt. — **Vorwarnung!** Am 6. März veranstalten wir eine Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus. Halte diesen Termin frei.

Bezirksorganisation Prag der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Montag, den 18. Feber 1935, um 8 Uhr abends im großen Saale des Gewerkschaftshauses Prag I., Berotín 11.

Jahresversammlung

Tagesordnung: Protokoll, organisatorisches und politisches Referat des Vertrauensmannes. — Berichte des Kassiers, der Kontrolle. — Resolutions. — Allgemeines und Anträge. Zutritt haben nur Parteimitglieder gegen Vorweis des gültigen Mitgliedsbuches.

Der Film



Aus dem Film „Polarjäger“

Korbas nächste Filme. Der Londoner Filmregisseur Alexander Korbas, der Schöpfer des Films vom „Vidvalleben Heinrichs des Ächten“ bereitet zwei neue historische Filme vor. Der erste soll den Kampf der englischen Königin Elisabeth mit dem Spanierkönig Philipp dem Zweiten (nach einem Manuskript des Romanautors Philipp Lindian) behandeln. Der andere wird den römischen Kaiser Claudius (nach einem in England erfolgreichen Roman von Robert Graves) darstellen.

Unentgeltliche Beratungsfunden

der Arbeiterfürsorge finden jeden Samstag von 5—7 Uhr im Verein deutscher Arbeiter, Smečlagasse Nr. 27, statt.

Wenn Sie für die Dlingung Ihrer Blumen den guten **Blumen-Zauberding** verwenden, werden Sie zauberhaft schöne Blumen haben

1 Paket mit Postzusendung Kč5.60 durch Verwaltung „Frauenwelt“, Prag XII., Fochova 62. Bei allen Kolporturen erhältl.

Urania-Kino, Klimentská 4. Fernsprecher 6182.

Fräulein Frau Kalligraf. Jenuš Anna, Kunst Köchlerin. Auf der Bühne: Koll Konan, lustige Conferencier.

Abonnements = Bestellschein.

Abonniere ab 1935 das täglich erscheinende Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei

„Sozialdemokrat“
Verwaltung Prag XII., Fochova tl. 62,

zum Preise von 16 Kč monatlich, und sende diesen Betrag nach Erhalt des Erlagscheines ein.

Name:

Graue Adresse:

Beste Post:

Unterschrift:

Aus Mustapha Kemal wird Atatürk

(PZ.) In immer heißerem Maß europäisiert sich die Türkei. Es ist eine seltsame, beinahe paradoxe Erscheinung, daß zur selben Zeit, da Europa die in langen schweren Kämpfen errungenen politischen und sozialen Freiheiten wieder abzuschaffen beginnt, hier im Orient der Demokratisierungsprozess erst auf der ganzen Linie einsetzt. Wie man weiß, ist vor kurzem ein Gesetz erlassen worden, welches das Tragen kultisch-religiöser Gewänder an anderen Orten, als den zur Ausübung des religiösen Kults bestimmten, untersagt. Dieses Gesetz zeigt die Bewusstseins- und Bewusstseinsbildung der Lebensformen dieses Landes in charakteristischer Weise an. Auch die Einführung des aktiven und passiven Wahlrechtes für die Frauen ist ein bedeutendes Symptom in diesem Zusammenhang. Bereits seit mehreren Jahren haben die Frauen das Stimmrecht für die kommunalen und provinziellen Vertretungen; und demnächst werden sie auch bei der Wahl der Großen Nationalversammlung in Erschei-

nung treten, und man ist hier davon überzeugt, daß auch eine ganze Reihe von Frauen als Abgeordnete aus der Wahl hervorgehen werden. Man schätzt die geistigen Fähigkeiten des weiblichen Geschlechts in der Türkei ungemein hoch ein; man weiß ihr nicht die Rolle als „Ragad und Dienerin des Mannes“ zu, wie das in bestimmten Regionen des Abendlandes der Fall ist, sondern wertet und behandelt sie immer mehr als selbständiges Individuum mit Rechten, die denen des Mannes vollkommen gleich sind.

Beleuchtet wird der soziologische Wandel auch durch die jetzt erfolgte Abschaffung der alten Titel. Es wird in Zukunft keinen „Pascha“, keinen „Beh“, keinen „Effendi“ und keinen „Aga“ mehr geben, sondern nur noch einen schlichten „Herrn“, der für alle Stände und Schichten der Bevölkerung gleichermäßen gilt. Die Geschichte der Namen in der Türkei ist eine komplizierte, vielfältige Angelegenheit; bemerkenswert ist vor allem der Umstand, daß im Laufe der Zeit in den städtischen Gegenden sich die Gewohnheit eingebürgerte, die Familiennamen abzuschaffen und nur noch Vornamen anzuwenden. — Vornamen, die übrigens in dem Sinne gewählt wurden, daß dadurch ein bestimmter Wunsch der Eltern für die Kinder zum

Ausdruck kam, und die dadurch sich keineswegs vom Vater auf den Sohn übertragen. Durch diese Gewohnheit kam allmählich eine ziemliche Anarchie in die Registrierungen. Auf dem Lande wurden die Familiennamen im Gegensatz dazu vortwiegend beibehalten. Nunmehr ist auf dem Wege des Gesetzes die zwangsweise Einführung von Familiennamen erblichen Charakters für alle Staatsbürger verordnet worden. In Verbindung mit diesem Gesetz wurde dem Staatsoberhaupt von der Großen Nationalversammlung das Prädikat „Atatürk“ verliehen, was soviel bedeutet wie „höchster Führer der Türken“. Nichts wird es von jetzt an keinen Mustapha Kemal Pascha, sondern nur noch einen Präsidenten „Atatürk“ geben. Aus dem Ministerpräsidenten İsmet Pascha wird ein simpler Herr İncü, aus dem General Masim Pascha wird Herr Cusup, aus dem Außenminister Tevfik Rushid Bey ein Herr Aras.

Mit der Abschaffung aller Titel hat das Parlament von Ankara übrigens auch die Beseitigung aller Ehrentitel und aller in- und ausländischer Abzeichen verbunden. Die Türkei europäisiert sich — indes Europa sich orientalisiert und barbarisiert . . .

Wegzugsbedingungen: Bei Ankaffung ins Haus oder bei Wegzug durch die Post monatlich Kč 16.—, vierteljährlich Kč 48.—, halbjährlich Kč 96.—, ganzjährig Kč 192.—. — Inserate werden laut Tarif billigt berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß. — Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einsendung der Retourmarken. — Die Zeitungsabrechnung wurde von der Post- und Telegraphendirektion mit Erlaß Nr. 13.800/VII/1930 bewilligt. — Druckerei: „Orbis“, Druck-, Verlags- und Zeitungs-A.G., Prag.